

Abhandlungen

Michael Koop

Drittes Griechenland-Paket verabschiedet – Eurokrise beendet!? 443

Auch wenn das Thema „Euro-Krise“ derzeit in den Medien nicht mehr die vordersten Plätze einnimmt, so stellt sich doch die Frage, ob mit den (wiederholten) Hilfspaketen eine dauerhafte Lösung gefunden wurde. In diesem Beitrag werden mögliche Lösungsansätze zur Stabilisierung der Eurozone erläutert und im Hinblick darauf bewertet, ob sie die Probleme in Griechenland und anderen Mitgliedsländern mit vergleichbarer Situation auf Dauer lösen können. In seinem Fazit kommt der Autor allerdings zu dem Ergebnis, dass ein „großer europapolitischer Wurf“ kaum zu erwarten ist, so dass allenfalls eine schrittweise Weiterentwicklung der Eurozone hin zu finanzpolitischer Eigenverantwortung und besseren Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft angestrebt werden kann.

Elke Scheske

Der öffentlich-rechtliche Vertrag 448

Der öffentlich-rechtliche Vertrag als besondere Handlungsform der Verwaltung erfreut sich in der Praxis in einigen Bereichen zusehends größerer Beliebtheit. Hier bietet er den Vorteil, dass einseitige, anfechtbare Entscheidungen der Behörden durch einvernehmliche vertragliche Regelungen mit höherer Akzeptanz ersetzt werden können, wenn eine Einigung möglich ist. Als Beispiele kann auf altlastenrechtliche Sanierungsverträge oder städtebauliche Verträge verwiesen werden. In diesem Beitrag werden Erfüllungsansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag, und die Vorbereitung des Abschlusses eines öffentlich-rechtlichen Vertrages dargestellt. Dabei werden u.a. der Vertragsschluss, mögliche Einwendungen gegen Erfüllungsansprüche, Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen sowie Aspekte der Vertragsgestaltung näher erläutert.

Holger Weidemann

Das gesetzliche Vorkaufsrecht der Gemeinde 456

Das gemeindliche Vorkaufsrecht stellt ein wichtiges Sicherungsinstrument dar, um die gemeindliche (insbesondere städtebauliche) Entwicklung zu begleiten und zu steuern. In diesem Beitrag werden sein Anwendungsbereich, die Ausübungsvoraussetzungen, das Verfahren, seine Wirkungen sowie der Rechtsschutz der Beteiligten kurz dargestellt.

Johanna Groß

Interkulturelle Kommunikation in der Verwaltung 461

Integration in Deutschland ist ein aktuelles und herausforderndes Thema. Weil auch die Verwaltung in zunehmendem Maße mit den Auswirkungen von Flucht und Einwanderung konfrontiert wird, ist auch die Interkulturelle Kompetenz aller Beteiligten in wachsendem Maße gefragt. Dieser Beitrag erläutert die Anforderungen, die sich in dieser Situation insbesondere an die Verwaltungen und ihre Mitarbeiter richten können, weil sie eher als die Neuankömmlinge in der Lage sind, sich professionell auf die Situation einzustellen.

Torsten Webrmann/Holger Weidemann

Kommunen brauchen neue Führungskräfte 465

An dieser Stelle werden Ziele und Inhalte des Masterstudiengangs Kommunales Verwaltungsmanagement dargestellt, der an der Hochschule für kommunale Verwaltung in Niedersachsen angeboten wird.

Olaf Klingebiel

Das Prüfungsgespräch 468

Diese Abhandlung basiert auf einem Prüfungsgespräch, das im Rahmen der mündlichen Prüfung im Abschlusslehrgang des Angestelltenlehrgangs II am Niedersächsischen Studieninstitut e. V. am 04. Juni 2015 in Hannover stattgefunden hat.

Gefragt ist die Auswahl aus mehreren Projektlösungen, die im Rahmen der Bereitstellung von kommunaler Infrastruktur auf ihren Nutzen untersucht werden sollen. Zur Lösung kann auf die Methode der Linearen Optimierung zurückgegriffen werden, die in diesem Rahmen erläutert wird.

Fallbearbeitungen

Jan Seybold

Einmal achtsam oder einsichtig ist im Zweifel besser als dreimal neunmalklug 470

Bei diesem Fall aus dem Zivilrecht geht es um mögliche Ersatzansprüche gegen eine Firma und ihren Angestellten wegen eines bei der Anlieferung von Waren entstandenen Sachschadens.

Die Besonderheit dieser Fallbearbeitung liegt darin, dass der Lösungsvorschlag mit ergänzenden Hinweisen nicht im unmittelbaren Anschluss an die Aufgabenstellung folgt, sondern Online unter der Adresse www.dvp-digital.de eingesehen werden kann.

Helmut Globisch

„Unzulässiges Reisegewerbe“ 471

In dieser Fallbearbeitung aus dem Bereich des Allgemeinen und des Besonderen Verwaltungsrechts ist zu prüfen, ob eine Untersagung des Reisegewerbes erfolgen kann. In diesem Rahmen wird u.a. ausführlich auf eine Anhörungspflicht der Behörde eingegangen, außerdem auf die Merkmale des Reisegewerbes, die Erlaubnispflicht, die Ermessenserwägungen der Behörde sowie die Voraussetzungen einer wirksamen und vollständigen Verfügung.

Henning Reins

Die kommunale Volkshochschule und die Kosten- und Leistungsrechnung 475

Es handelt sich um eine Klausur, die im Angestelltenlehrgang II im Jahre 2015 geschrieben worden ist. Zu lösen sind verschiedene Aufgaben im Rechnungswesen anhand einzelner kurzer Fälle, u.a. eine Abgrenzungsrechnung, die Erstellung eines Betriebsabrechnungsbogens, eine Sekundärkostenverrechnung, eine Stellungnahme zu Gebührenbemessungen und Kostenberechnungen.

Rechtsprechung

Erhebung von Sondernutzungsgebühren und straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigung (BVerwG, Urteil vom 11.12.2014 – 3 C 6/13) 482

Zum Schriffterfordernis beim Widerspruch (OVG Lüneburg, Beschluss vom 10.04.2014 – 4 PA 320/13) 483

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine verlagsinterne Beilage.
Wir bitten um freundliche Beachtung!